

Umweltschutz nützt allen

Als ressortzuständiges Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung darf ich zum ersten Mal den alljährlichen Umweltschutzbericht für die Steiermark vorlegen. Im Gegensatz zu manch anderem politischen Thema ist der Umweltschutz in seinen Leitlinien letztlich unbestritten: Die Sicherung eines intakten Lebensraumes wird von allen gewünscht und betrifft zugleich jeden in seinem persönlichen Umfeld.

Die Politik, namentlich die steirische Landespolitik, ist ein verlässlicher Partner, wo es um die Rahmenbedingungen eines nachhaltigen Umweltschutzes geht, zugleich müssen sich die Bürgerinnen und Bürger aber auch ihrer eigenen Verantwortung bewusst sein.

Zu einer besonderen Erfolgsgeschichte hat sich der Nationalpark Gesäuse bereits in seinem ersten vollen Jahr entwickelt. In der einmaligen Kombination von Natur und Kultur – hier seien die Initiativen des Stiftes Admont ausdrücklich gedankt – ist er zu einem wichtigen regionalwirtschaftlichen Impulszentrum geworden, ohne seine hohen natur- und umweltschützerischen Standards zu gefährden; im Gegenteil: gerade diese höchste Qualität ist die Grundlage für die weitere Entwicklung. Die Anerkennung durch die Weltnaturschutzunion (IUCN) bestätigt unseren richtigen Weg.

Erfolgreicher Umweltschutz verlangt eine ständige Reflexion der Balance zwischen bewahrenden und verändernden Maßnahmen. Das Land Steiermark legt großen Wert auf das Erreichen der Vorgaben des Kyoto-Protokolls. Die sukzessive Ablöse fossiler durch alternative Energieträger ist daher ein vorrangiges Ziel der Wohnbauförderung. Maßnahmen zur Wärmedämmung sowie die besondere Förderung von Niedrigenergie- und Passivhäusern unterstützen diese Maßnahmen.

Der Steiermark kommt mittlerweile im Bereich der Biomasse eine Vorreiterrolle in der Europäischen Union zu. Die mit Jahresende bestehenden 125 Nah- bzw. Fernwärmenetze sind zugleich auch ein wichtiger Beitrag zur Standortsicherung der steirischen Landwirtschaft. Auch der friedenspolitische Aspekt einer Energieversorgung aus regionalen Quellen sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Ein Schwerpunktthema dieses Umweltschutzberichtes widmet sich zudem der steirischen Biogaserzeugung.

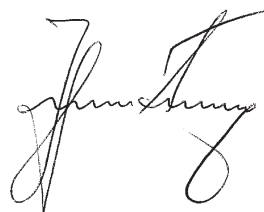
Mit der am 1. Jänner 2004 in Kraft getretenen Deponieverordnung ist der Steiermark auch ein Meilenschritt in der Abfallwirtschaft gelungen. Für rund 25 Jahre wird das Land nun keine neuen Deponien errichten bzw. die vorhandenen ausweiten müssen. Zugleich gewinnen wir durch diese neue Abfallbewirtschaftung die „Wertstoffe“ aus dem Müll und können somit zu Recht von einer zeitgemäßen Stoffflusswirtschaft sprechen.

Besondere Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung hat im Jahr 2003 die Luftgüte erhalten. Zum einen brachte die Senkung der Grenzwerte im neuen Ozongesetz wesentliche Verbesserungen im Sinne der Präventivmedizin und des Vegetationsschutzes, zum anderen ist das schon seit Jahren regelmäßig zu diskutierende Thema „Feinstaub“ nun endgültig ins breite Bewusstsein der Gesamtbevölkerung getreten.

Hier steht uns für die kommenden Jahre eine große Herausforderung bevor, zu deren Bewältigung wohl auch die aktuellen Kompetenzen des Landes zur Diskussion gestellt werden müssen. Derzeit hat der Landesumweltreferent im Bereich des Verkehrs nur die beiden wenig befriedigenden Möglichkeiten Tempolimits oder temporäre Fahrverbote.

Der vorliegende 19. Umweltschutzbericht bietet wie jedes Jahr eine aktuelle Bilanz, eine Vielzahl von Informationen, versteht sich aber auch als Appell, unsere Steiermark als umweltbewusstes Land zu sehen und mitzugestalten. Ich danke den Verfassern sehr herzlich.

Das Jahr 2003 hat nicht nur im Umweltressort der Landesregierung einen Wechsel gebracht. Mit dem Ausscheiden von Hofrat Dr. Manfred Rupprecht aus dem aktiven Dienst kam es auch zu einem Wechsel an der Spitze der Fachabteilung 13A. Ich danke ihm an dieser Stelle für seinen jahrelangen Einsatz für die steirische Umwelt und freue mich zugleich, dass er uns als „Feinstaubkonsulent“ erhalten geblieben ist. Altlandesrat Erich Pörtl gilt mein abschließender Dank für die Übergabe einer hervorragend bestellten steirischen Umweltpolitik.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Johann Seitinger', with a stylized, cursive script.

*Johann Seitinger
Landesrat für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt, Nachhaltigkeit, Wasser und Natur,
Wohnbauförderung und Ortserneuerung*

Forschung und Entwicklung als unsere Chance

Erfolgreicher Umweltschutz bedarf eines wohlüberlegten Vorgehens auf Basis fachlich begründeter, interdisziplinär abgestimmter Konzepte. Zu vielfältig sind die naturwissenschaftlichen Zusammenhänge, um heute noch ohne entsprechende Wirkungsanalysen Maßnahmenentscheidungen von erheblicher Bedeutung treffen zu können.

Grundlage jedes zielorientierten Vorgehens ist die Ermittlung und Bewertung des jeweils gegebenen Zustandes und darauf aufbauend die Planung und Umsetzung von Aktionsprogrammen. Die Befolgung dieser Vorgehensweise durch die Dienststellen meines Ressorts (Raumplanung, Verkehr, Technischer Umweltschutz und Forschung) hat im Laufe der Jahre beachtliche Erfolge mit sich gebracht.

Wie die Ausführungen im vorliegenden Bericht zeigen, wurde dieser Weg auch im Jahr 2003 konsequent fortgeführt. Manche der realisierten Projekte, wie die Errichtung des Bahn-Terminals Graz/Werndorf oder der zweigleisige Lückenschluss am Schoberpass kommen nicht nur dem Umweltschutz zugute, sondern stellen darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Steiermark als attraktiven Wirtschaftsstandort dar. In ähnlicher Weise dienen auch Projekte der überörtlichen Raumplanung mehreren Zielen. Die Nutzung derartiger Synergieeffekte muss stets unser Idealziel sein.

Die Dynamik der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit stellt uns mit ihren Auswirkungen auf unsere Umwelt immer wieder vor neu zu lösende Aufgaben. Eine der brennendsten ist dabei wohl die Notwendigkeit der raschen Umorientierung unserer Energiewirtschaft in Richtung der Ressourcenschonung und des Klimaschutzes.

Unsere Chance liegt dabei nicht nur in der Möglichkeit der Beeinflussung lokaler Verhältnisse, sondern insbesondere auch in der Erforschung und Entwicklung neuer Methoden und Technologien von globaler Bedeutung. Mit der großen Zahl renommierter Forschungsinstitute sowie den vielen innovativen Produktionsbetrieben unseres Landes verfügen wir über eine enorme diesbezügliche Leistungsstärke.

So hat auch nicht von ungefähr die Nutzung erneuerbarer Energieträger, wie Sonne, Wasser und Biomasse gerade in der Steiermark einen besonders hohen Stellenwert erreicht. Ich bin überzeugt, dass auch die „Steirische Biogas-Initiative“ zu ähnlichen Erfolgen führen wird. Der Wissenscluster „Netzwerk Öko-Energie Steiermark (NOEST)“, Internet-Adresse www.noest.steiermark.at, vermag hiezu sicher wertvolle Dienste zu leisten.

Wie der vorliegende Bericht zeigt, zeichnet sich die Umweltschutzarbeit im Land Steiermark insgesamt durch eine hohe Fachkompetenz und ausgezeichnete Kooperation aller verantwortlichen Stellen mit starker Integration unserer Forschungseinrichtungen aus. Auf diese sachbezogene Art werden wir auch weiterhin erfolgreich sein.


Landeshauptmannstellvertreter
Dipl.-Ing. Leopold Schögg

Fortschritt und Umweltschutz ist manchmal auch eine Sache des Verzichtes

Wir können täglich beobachten, dass die Menschen äußerst zwiespältige Wesen sind, vor allem wenn es darum geht, den Versuchungen des Fortschritts und des Konsums zu widerstehen. Einerseits wollen wir alle lange leben und dabei noch gesund sein, andererseits ist Verzicht kein Thema, das wir selbst hören wollen, geschweige denn die Wirtschaft. Darüber zu reden und danach zu handeln wurde höchstens dem Kräuterpfarrer Weidinger zugestanden.

Dazu einige Beispiele: Wie gehen wir mit dem Thema Rauchen um? Wir wissen, dass weltweit jährlich Hunderttausende Menschen an den Folgen des Tabakkonsums sterben. In einigen westlichen Industrieländern gibt es folglich schon, zum Teil ausgiebige, Restriktionen des öffentlichen Tabakkonsums. EU-weit gibt es ähnliche Bestrebungen, die auf nationaler Ebene umzusetzen sind. Irland hat in den letzten Monaten aufgehört, da es als erstes EU-Mitgliedsland ein Rauchverbot am Arbeitsplatz verordnet hat, welches auch in Pubs und Restaurants umzusetzen ist.

In Österreich wissen wir, dass diese Maßnahme unausweichlich ist und vor allem für die Tabakindustrie und letztendlich den Staat wirtschaftlich schmerzhaft sein wird. Aber bis dorthin verschließen wir unsere Augen und tun nichts gegen den steigenden Tabakkonsum bei Kindern und Jugendlichen. Um dort noch reichlich Geld zu verdienen, werden den Zigaretten noch Inhaltsstoffe wie Zucker, Vanille, Kakao, Lakritze oder Menthol beigemischt, die den strengen Tabakgeschmack maskieren und den Hustenreiz mildern. Damit wird

laut WHO (Weltgesundheitsorganisation) nicht nur die Bioverfügbarkeit des gesundheitsschädlichen Nikotins erhöht sondern auch das Suchtpotential gefördert.

Nun ein Schwenk in eine Technologie, die unsere Gesellschaft in einem atemberaubenden Tempo überrollt: Die Nutzung von Handys hat sich nahezu in der gesamten Bevölkerung etabliert, die Diskussion über mögliche gesundheitliche Auswirkungen des Mobilfunks findet jedoch so gut wie nicht statt. Anstatt sich der sicheren (gesicherten) Seite zuzuwenden, begeben wir uns alle (Mobilfunkbetreiber und Anwender) lieber auf die unsichere Seite und verstecken uns hinter einem Wunschdenken, „dass schon nicht alles so schlimm sei“.

Obwohl es schon von Seiten der WHO Empfehlungen gibt, sich kritisch mit dieser Technologie auseinander zu setzen und vor allem bei Kindern besondere Vorsicht walten zu lassen, sind wir nicht sonderlich bereit, unser Verhalten zu überprüfen, geschweige denn es zu ändern. Übrigens: Kindern wird ernsthaft empfohlen, Handys nur in dringenden Fällen und nur kurzzeitig zu nutzen.

Technologie-Entwickler in dieser Sparte sind nicht angehalten, sich Gedanken über die Auswirkungen ihrer Errungenschaften zu machen. Auch diese Technologie steht dafür, was unserer Gesellschaft der wirtschaftliche Nutzen einer Sache wert ist; und das Verständnis dafür geht weit über meinem gesunden Hausverstand hinaus ...

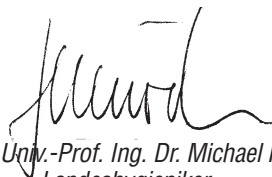
In vielen anderen Bereichen ist diese Vorgehensweise unvorstellbar. Stellen Sie sich vor, dass z. B. ein Medikament auf den Markt kommt, ohne die gesundheitlichen Auswirkungen (Nebenwirkungen) entsprechend zu kennen. Bei Haushalts-Chemikalien muss ein Sicherheitsdatenblatt Auskunft darüber geben, wie gesundheitsverträglich diese sind. Dazu ein Gedankenspiel: Wie verhalten wir uns bei einem cool aussehenden Fahrzeug, das so günstig am Markt feilgeboten wird, weil sämtliche Sicherheitstests eingespart wurden? Kaufen wir es trotzdem? Ich glaube nicht – da uns Jahrzehnte an Erfahrungen ausreichen, um zu wissen, welches Gefahrenpotential von so einem Produkt auszugehen vermag. Als Konsumenten sind wir in diesem Fall sehr vorsichtig und lassen uns nicht allein von den Kosten blenden.

Dazu könnten noch unzählige Beispiele angeführt werden, doch sind all diese nur Synonyme für das kollektive Verdrängen in unserer Gesellschaft. Wir stellen uns nicht der eigenen Verantwortung sondern schieben den Gesetzgeber vor, „dieser wird's schon richten ...“, doch dieser verweist wiederum auf die mündigen BürgerInnen ... Aus diesem Grund sind viele heutige Probleme, und da zählt nicht nur der Umweltschutz dazu, Probleme die schon in der Vergangenheit bestanden haben und auch noch in der Zukunft bestehen werden, weil wir sie eigentlich nicht anpacken wollen.

Dem so genannten Wohlstand opfern wir nicht nur die eigene, sondern auch die Gesundheit unserer Nachfahren. Obwohl schon oft darüber geschrieben wurde, sind wir uns bis heute nicht bewusst, dass unsere Umwelt inklusive unserer Gesundheit ein Gut ist, das unser Überleben nur im intakten Zustand gewährleistet. Wir haben zwar vieles in der Vergangenheit verbessert, doch insgesamt ist die Situation nicht wesentlich lebenswerter geworden.

Nach wie vor vollzieht sich ein Arten- und Lebensraumschwund, die Luft, das Wasser, der Boden, etc. sind trotz nun Jahrzehnte alter Reinhaltungsverordnungen nicht wesentlich sauberer geworden, obwohl wir alle sehr emsig daran arbeiten. Die Probleme haben sich oft nur verlagert und werden in unserer Begriffswelt nur neu benannt. Trotz High Technology kommt am Ende des „Auspuffs“ noch immer eine als Belastung einzustufende Abgaswolke heraus – aus dem alten Staubproblem der Ballungszentren wurde in der Zwischenzeit ein Problem des Feinstaubes ...

Wir alle können uns nicht wirklich vorstellen, auf einen Teil unseres Wohlstandes zu verzichten und manchmal den Weg des Unbequemen zu gehen. Unter Jugendlichen läuft der Slogan „lieber cool sterben als g'sund leben“ und die Industrie reagiert darauf immer wieder mit neuen Anreizen, um diesem Ziel näher zu kommen. Darum ist es eigentlich Aufgabe der Gesellschaft, sich zu Werten zu bekennen und diese zu sichern, und das so weit wie möglich unabhängig von wirtschaftlichen (budgetären) Aspekten. Und Gesundheit, da wird einem der Großteil der Gesellschaft beipflichten, ist einer der höchsten Werte, die es zu schützen gilt.



Hofrat Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck
Landeshygieniker

Gedanken des Umwelthanwaltes

Waren für den Tätigkeitsbericht 2002/03 die rechtliche und organisatorische Stellung des Umwelthanwaltes die Schwerpunkte, so sollen für den vorliegenden Bericht meine Arbeitsweise, die Schwerpunkte meiner Arbeit sowie die neuen rechtlichen Herausforderungen im Vordergrund stehen.

Seit Jahren bestehend und bis heute leider unverändert – fehlt in der Umwelthanwaltschaft eine naturkundliche Fachkraft. Das zwingt mich in behördlichen Verfahren oftmals dazu, externe Fachkräfte hinzuzuziehen. In zahlreichen Gesprächen mit Bürgern und Vertretern der Wirtschaft stellt sich für mich immer wieder die Frage nach den längerfristigen Auswirkungen eines Vorhabens auf den Naturraum, indirekt somit auch auf den Menschen. Würde ein naturkundlicher Sachverständiger meinem Team angehören, könnten so manche Ängste und Widerstände, die auf fehlendem Wissen beruhen, abgebaut bzw. beseitigt werden.

Es liegt in meinem ureigensten Interesse, behördliche Verfahren zu unterstützen und raschest abzuschließen; nicht das Verfahrensrecht steht im Mittelpunkt meiner Bemühungen, sondern der vorsorgende Schutz der Umwelt und Natur aus dem Blickwinkel der gesetzlichen Vorgaben und die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes.

Nach der Bestimmung des § 7 des Landesgesetzes über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt habe ich auch Anträge und Beschwerden von Einzelpersonen sowie Personenvereinigungen entgegenzunehmen. Dabei sind Bürgerinitiativen und -bewegungen gleich zu behandeln wie Einzelbürger. Der immer wieder gehörte Vorwurf, dass ich mich zu intensiv mit Bürgerinitiativen und -bewegungen auseinandersetze, ist aus meiner Erfahrung kurzsichtig und einseitig.

Unabhängig davon, dass die Meinungsvielfalt ein Eckpfeiler unserer staatlichen Gesinnung sein muss, wird dabei übersehen, dass das Entstehen einer Bürgerinitiative immer einen Grund bzw. eine Ursache hat. Es gehört daher zu meinen ersten Bemühungen, die Frage nach dem „Warum?“ zu beantworten, steht doch nicht immer das geplante Vorhaben im Mittelpunkt der Kritik, sondern vielfach die Art und Weise, wie mit den Bürgern, auch seitens der Verwaltung, umgegangen wurde.

Meiner Glaubwürdigkeit kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu, ebenso wie der von Behörde und Betroffenen. Es war und ist mein Bemühen, Bürgerinitiativen und -bewegungen lieber an einem Tisch als auf der Straße zu haben aber auch der Rechtsstaatlichkeit, die keine Einbahn sein darf, zum Durchbruch zu verhelfen. Der Umwelthanwalt gleichsam als Mediator zwischen „verfeindeten“ Brüdern.

Standen zu Beginn meiner Tätigkeit als Umwelthanwalt Fragen rund um die Mülltrennung, kleinere Gewässerverunreinigungen, das Abbrennen im Freien und meine Etablierung innerhalb der Verwaltung im Vordergrund, so hat sich dieses Umfeld in den letzten Jahren stark geändert. Es hat sich zwischenzeitlich meine Aufgabenstellung nicht nur innerhalb der Landesgesetzgebung gefestigt, sondern mit der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung wurden mir neue Rechtsbereiche geöffnet, die bisher gleichsam für den Umwelthanwalt verschlossen waren, wie insbesondere Angelegenheiten des Wassers, Gewerbes und Verkehrs. Lauter Rechtsbereiche des Bundes mit höchster Umweltrelevanz und mit neuen Chancen und Möglichkeiten für den Umwelthanwalt.

Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren mit integriertem, konzentriertem Behördenverfahren und Infrastrukturverfahren mit folgenden Einzel-

verfahren sind nicht nur zeit-, sondern vor allem arbeitsintensiv. Bewältigbar ist dieser neue und umfangreiche Arbeitsanfall nur dadurch, dass durch den zwischenzeitlich in unserem Land erreichten hohen Umweltschutzstandard die bisherigen kleineren Probleme nicht mehr so zahlreich auftreten.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit liegt in meinem Bemühen, den „Geistigen Umweltschutz“ tiefer bei unseren Mitbürgern zu verankern. Diese Aufgabe ist wie ein mühevoller, steiniger Weg, den ich vorausschauend gerne bereit bin zu gehen. Es erscheint mir dabei notwendig zu sein, über lokale und regionale Umweltthemen hinaus zu schauen und auch die europäische Entwicklung auf ihre Auswirkungen auf unser Land zu analysieren, zu diskutieren und nötigenfalls dazu Stellung zu nehmen.

Neben den bereits bestehenden umweltrelevanten Bestimmungen auf Bundes- und Landesebene, hat Österreich auch das Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) unterzeichnet. Wenn- gleich von der juristischen Umsetzung der Alpenkonvention drei Ebenen betroffen sind, nämlich die völkerrechtliche, die europarechtliche und die des nationalen Rechts, so ist bemerkenswert, dass die Alpenkonvention und die zur Durchführung der Alpenkonvention ergangenen Protokolle als einfache Bundesgesetze in das österreichische Recht übernommen wurden.

Knapp 65 Prozent der österreichischen Staatsfläche liegen im Anwendungsbereich der Alpenkonvention. In der Steiermark werden mehr als drei Viertel der Landesfläche vom Anwendungsbereich der Alpenkonvention erfasst, und zwar Bereiche der Bezirke Bruck an der Mur (alle Gemeinden), Deutschlandsberg (16 Gemeinden), Graz-Umgebung (26), Hartberg (27), Judenburg (alle), Knittelfeld (alle), Leibnitz (2), Leoben (alle), Liezen (alle), Mürzzuschlag (alle), Murau (alle), Voitsberg (23) und Weiz (27).

Es ist daher für die Behörden stets notwendig zu prüfen, ob nicht die Standortgemeinde als administrative Einheit des Alpenraumes gilt; wenn ja, dann ist die Alpenkonvention mit den Protokollen umzusetzen, wie dies bereits beispielgebend in Tirol erfolgt.

Wenn auch „Der Standard“ in der Ausgabe vom 16. Februar 2004 schreibt, „Nur jeder Zweite für Umweltschutz in Krisenzeiten“ und den Untertitel „Standard-Umfrage relativiert Lippenbekenntnisse zur Ökologie“ trägt, so ist dennoch in unserem Land eine gestiegenen Umweltgesinnung spür- und sichtbar. Natürlich für einen Umweltschützer immer noch zu wenig, leben wir doch in keiner Krise!

Gottlob wird diese gehobene Umweltgesinnung zwischenzeitlich von vielen Entscheidungsträgern, zahlreichen Einzelbürgern und Bürgerinitiativen sowie von einem Großteil der staatlichen Verwaltung getragen. Die Bemühungen um den Erhalt unserer Lebensbedingungen ist dennoch ein stetiger, zeitloser und unabdingbarer Kampf für eine gesicherte Zukunft, der nur gemeinsam geführt werden kann. Für diese Gemeinsamkeit danke ich allen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, vor allem meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die mich in meinen Bemühungen uneingeschränkt unterstützen.

Der Tätigkeitsbericht für die Zeit von 1. Februar 2003 bis 31. Jänner 2004 in Form eines Nachschlagewerkes kann unter der Telefonnummer 0316/877-2965 kostenlos angefordert werden.



Dr. Alois Oswald
Umweltschützer

Kein Umweltschutz in Krisenzeiten?

Zum ersten Mal in der nun 19-jährigen Geschichte des steirischen Umweltschutzberichtes lesen Sie an dieser Stelle einen neuen Autor. Als neuer Leiter der Abteilung für „Umweltrecht, Anlagen und Energiewesen“ habe ich das Erbe des langjährigen Umweltschutzkoordinators, w. HR Dr. Manfred Rupprecht, angetreten.

Nur wenig später hat eine Meinungsumfrage des Forschungsinstitutes market für beträchtliches Aufsehen gesorgt, der zufolge „nur jeder zweite Österreicher der Meinung ist, dass die Umwelt so wichtig ist, dass man auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten in diesem Bereich investieren soll, selbst wenn dadurch Arbeitsplätze gefährdet werden“. Für 37 Prozent der Befragten hat die Arbeitsplatz-Sicherung Vorrang vor dem Umweltschutz.

Das zeige, dass das allgemeine Lippenbekenntnis zur Wichtigkeit des Umweltschutzes relativiert werden müsse, interpretierte der market-Studienleiter die Ergebnisse. „Wenn es ernst wird, springen vor allem männliche, weniger gebildete, aber auch auffällig viele junge Befragte wieder ab“. Nun, diese Erkenntnis sitzt, auch wenn sie nicht ganz überraschend kommt: Seit Jahren bereits zeigt sich europaweit ein ständiges Abrutschen des Umweltschutzes in der individuellen Werteskala. Von einem Spitzenplatz wie in den 80er- und 90er-Jahren in den individuellen Wichtigkeiten ist der Umweltschutz heute ungefähr so weit entfernt wie vor 30 Jahren. Schon vor einigen Jahren hat dieser Effekt die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ zu der Frage veranlasst: „Ist die Umwelt uncool?“.

Dieses Wissen, vielfältig abgesichert, wurde jüngst erst wieder bestätigt, als jene EU-Länder, die überhaupt fristgerecht einen Allokationsplan für den Handel mit CO₂-Zertifikaten abgegeben haben, das waren gerade einmal 15 von 25, nach Ansicht der Umweltkommissarin Margot Wallström recht großzügig Gratiszertifikate verteilt haben, womit sich Europa noch weiter vom Kyoto-Ziel entfernen wird, als es ohnedies bereits ist. Bleibt man in der Diktion der „Zeit“, dann wird die Umwelt allmählich wirklich uncool.

Nun ist es aber mit dem Umweltschutz nicht so, wie Peter Rosegger die Geschichte vom Regenschirm beschrieben hat, nämlich „Nimm ihn mit – lass ihn da“. Umweltschutz bedingt nämlich zuerst einmal Bewusstsein, dann Bereitschaft und schließlich Handlung und Zahlung.

Wahrscheinlich hängt die rückläufige Bereitschaft zum Umweltschutz – auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass zwischen verbaler Bereitschaft und tatsächlichem Handeln meist noch ein breiter Weg zu überwinden ist – auch mit der Tatsache zusammen, dass Österreich bei den meisten Umweltmedien tatsächlich ein sehr hohes Qualitätsniveau erreicht hat.

Und es hängt sicher auch damit zusammen, dass dieses hohe Schutzniveau heute häufig Umweltschutzmaßnahmen erfordert, die bei weitem nicht mehr so augenfällig sind wie die ersten großen Anfangserfolge vor mehreren Jahrzehnten, die tatsächlich jedermann ins Auge gesprungen sind und für sich selbst gesprochen haben. Das vollständige Verschwinden der wilden Müllgästen ist dafür wohl ein gutes Beispiel.

Beispielsweise bei den Fließgewässern hat Österreich – jüngst erst wieder – hohe Qualität erreicht, wie die Güteklassen-Verbesserung der Mur eindrucksvoll zeigt. Die neue Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird hier europaweit für neue Maßstäbe sorgen und EU-Programme sind es auch, mit denen die untere und die obere Mur sowie die Lafnitz, einer der letzten österreichischen Mäanderflüsse, renaturiert werden, wobei die Projekte nicht auf die Wasserläufe beschränkt sind, sondern jeweils die angrenzenden Gebiete umfassen. Die Beschreibungen dieser interessanten Projekte finden Sie im Kapitel Wasser.

Was ich damit sagen will: Umweltschutz „lohnt“ sich, auch wenn er manchmal mühsam ist.



Dr. Alfred Langer
Leiter der Abteilung 13
Umweltrecht, Anlagen und Energiewesen

Umwelt-Kalender 2003

Jänner

- 29. Schloss Hartberg: Abschlussveranstaltung des Projektes „Innuplant – Innovative Nutzungsmöglichkeiten Nachwachsender Rohstoffe“
- 30. Graz-Landhaus, Steinsaal: Auszeichnungsveranstaltung „Steirische Betriebe im Klimabündnis“
- 31. Graz, Großer Saal der Landesbuchhaltung: Sonderveranstaltung „Umweltmanagement in der Praxis“

Februar

- 6. Gleisdorf, Stadtsaal im Forum Kloster: Seminar „Heizen mit der Sonne“
- 12. Graz: Präsentation des Leitfadens „Windenergienutzung in der Steiermark“
- 13. Hartberg, Gerlitz-Hauptschule: Schulprojekt „Wasser“, Fragestunde von Schülern zur Wasserpolitik – Wasser als Wirtschaftsfaktor
- 14. Graz, Stadthalle: Eröffnung der Fachmesse „Natur 03“
- 14. Graz, Stadthalle: Tagung „Von der Quelle bis zur Mündung – die EU-Wasserrahmenrichtlinie und ihre Auswirkungen auf die heimische Land- und Forstwirtschaft“
- 22. Vordernberg: Eröffnung des Biomasse-Heizkraftwerkes mit einem „Tag der offenen Tür“
- 25. Graz, Joanneum Research: Expertenworkshop zur Biogas-Offensive des Landes Steiermark
- 27. Graz-St. Martin: Veranstaltung der Ökologischen Landentwicklung „Zukunft ohne Jugend?“

März

- 7. Leibnitz, Landwirtschaftliche Fachschule Silberberg: Wanderausstellung „Natur on Tour“
- 13. Graz, Raiffeisenhof: Festakt „15 Jahre Landwirtschaftliche Umweltberatung“
- 20. Graz, Mur-Insel: Weltwassertag 2003

April

- 2. Graz: Präsentation „Biogas-Leitfaden“ des LandesEnergieVereins (LEV)
- 2. Leoben, Congresszentrum Altes Rathaus: Betriebsauszeichnung 2002 Ökoprotit Obersteiermark
- 4. Schloss Halbenrain: Wanderausstellung „Natur on Tour“
- 5. Neumarkt: Festveranstaltung „20 Jahre Naturpark Grebenzen“
- 9. Graz: Präsentation der Wissensdatenbank des Netzwerks Ökoenergie Steiermark
- 10. Stallhofen, Freizeitzentrum: 5. Steirischer LA 21-Gemeindetag „Nachhaltig wirtschaften im Netzwerk der Gemeinden“
- 24. Graz, Großer Saal der Landesbuchhaltung: Fachtagung „SUPport – Strategische Umweltprüfung: Praxis – Organisation – Trends“
- 30. Graz, Raiffeisenhof: Wanderausstellung „Natur on Tour“

Mai

- 16. Irdning, Schloss Gumpenstein: „Fest des Wassers“
- 23. Graz, Raiffeisenhof: Festveranstaltung „20 Jahre Naturparke in der Steiermark“
- 28. Graz: Präsentation des ersten österreichischen Strahlenmessbusses

Juni

4. Pleschkogel: Eröffnung Pflanzenkläranlage Pleschwirt, „SWAMP“ (EU-Projekt)
14. Eggersdorf: Eröffnung der Wasserversorgungsanlage, Wehranlage, Fußgängerbrücke und Fischeaufstiegsleiter mit Wasserfest
25. Graz-Burg, Weißer Saal: Verleihung des Umweltschutzpreises 2002 des Landes Steiermark
26. Graz, Steirischer Presse-Club: Präsentation des Umweltschutzberichtes 2002 des Landes Steiermark

Juli

11. Misselsdorf: Vorstellung des wasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzeptes der Grenzmur, Renaturierung und Auenkonzept
26. Großsölk: Festveranstaltung „20 Jahre Naturpark Sölktäler“

September

9. Hartberg, LKH: Verleihung des Natur- und Umweltschutzpreises 2002 des Bezirkes Hartberg
10. Graz, Stadthalle: Fachkonferenz „Wasser Zukunft Steiermark“ mit Bundesminister Dr. Josef Pröll
20. Pöllau: Festsitzung „20 Jahre Naturpark Pöllauertal“
24. Schloss Seggau bei Leibnitz: 9. Round Table „Nachhaltiges Österreich – Zukunft des ländlichen Raumes“

Oktober

1. Graz, Arbeiterkammersaal: Feinstaub-Enquete PM 10
7. Graz: Präsentation „Ökostromfonds Steiermark“, Förderschwerpunkt Biogas
9. Weiz: Eröffnung Fest der Energie 2003, Thema „Weißes Gold – Wasser, Energie und Leben“
15. Markt Hartmannsdorf: Wanderausstellung „Natur on Tour“
23. Irdning, BLA Raumberg: Lokale Agenda 21 – 1. Österreichgipfel „Ein nachhaltiger Weg für Gemeinden und Regionen“
26. Neuberg an der Mürz: Prädikatisierung „Naturpark Mürzer Oberland“

November

6. Frohnleiten: Eröffnung der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage
7. Frohnleiten: 7. Frohnleitner Abfallwirtschaftstag „Deponieverordnung 2004 – der letzte Countdown“
13. Schloss Seggau bei Leibnitz: Tagung „Regionalentwicklung in Naturparks und Schutzgebieten“
22. Muttendorf: Eröffnung der neu ausgebauten Kläranlage mit Solarer Klärschlamm-trocknung des Reinhalteverbandes Unteres Kainachtal
26. Graz, Stempfergasse: Pressegespräch „Aktuelle Ergebnisse der Informationsveranstaltung Feinstaub – Maßnahmen zur Reduktion“

Dezember

17. Graz, Raiffeisenhof: Enquete „Klimawandel und Zukunftsstrategien“